

40 Jahre Widerstand gegen den Tagebau Hambach



Seit mehr als 40 Jahren wehren sich Betroffene und Umweltschützer*innen gegen den Tagebau Hambach, denn es gibt hierzulande kaum einen Eingriff in Natur, Umwelt und soziale Strukturen, der so nachhaltig und gravierend ist, wie der Abbau und die Nutzung von Braunkohle. Doch erst langsam stellen sich erste Erfolge ein.

Größter denkbarer Eingriff in die Umwelt

Der Tagebau Hambach ist der größte im Rheinland: Nach den Plänen der RWE Power AG sollen die Schaufelradbagger noch bis 2045 auf bis zu 85 Quadratkilometer Fläche die Kohle in einer Tiefe von bis zu 450 Meter fördern. Etwa 40 Millionen Tonnen Braunkohle werden dort derzeit jährlich gewonnen, wovon etwa zwei Drittel in die nahe gelegenen Großkraftwerken zur Stromerzeugung transportiert werden und damit zum Ausstoß des klimaschädlichen Treibhausgases Kohlendioxid beitragen. Der Rest der gefördert Kohle geht in die so genannte „Veredelung“.

Um an die Kohleflöze zu gelangen, soll der unersetzbare Hambacher Wald bis auf wenige Reste gerodet werden. Der Grundwasserspiegel wird bis in 550 Meter Tiefe abgesenkt, das Grundwasser größtenteils ungenutzt abgeleitet. Derzeit ist das noch immer die gigantische Menge von 340 Millionen Kubikmetern Wasser pro Jahr. Zahlreiche Siedlungen mussten dem Tage-

bau bereits weichen, weitere sollen folgen. 5.200 Menschen werden so ihre Heimat verlieren. Und die Siedlungen am Rande des Tagebaus leiden unter dem Tagebaubetrieb mit seinen gesundheitsschädlichen Emissionen.

Was nach Tagebauende bleibt, ist ein gigantisches Restloch, das über Jahrzehnte künstlich mit Wasser befüllt werden soll. Anstelle fruchtbarer Böden entstehen Kultursubstrate, deren landwirtschaftliche

Ende der 1970er- Jahre formierten sich die ersten Proteste gegen den Tagebau. Foto: BUND-Archiv



Nutzungsmöglichkeiten eingeschränkt sind. Die Ewigkeitsfolgen dieses Raubbaus werden noch die nachfolgenden Generationen beschäftigen – und sie teuer zu stehen kommen.

Widerstand formiert sich früh

Kein Wunder also, dass sich der Widerstand gegen die Tagebaue schon früh formierte. Auslöser für den beginnenden Protest war die aufkeimende Diskussion über die ökologischen Folgen im Zuge des geplanten Neuaufschlusses des Braunkohlentagebaus. Mit der „Hambachgruppe“ – gegründet im November 1978 in Aachen von Studierenden verschiedener Fachrichtungen, die ihre Diplomarbeiten zu den Tagebaufolgen schrieben – begann der zivilgesellschaftliche Widerstand. Die Aktiven boten Führungen zu den Tagebauen und den von der Umsiedlung bedrohten Siedlungen an und klärten über die wasserwirtschaftlich-ökologischen Langzeitfolgen auf. Mit Publikationen wie „Totaloperation“ und „Abgepumpt“ wurde erstmals eine breite Öffentlichkeit über die



Die tagebaubedingte Verlegung der Autobahn A 4 sorgte für einen jahrelangen Rechtsstreit. Foto: Dirk Jansen

Folgen der Braunkohlegewinnung informiert. Erste Demonstrationen von betroffenen Bürger*innen folgten.

Mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 bekam der Widerstand dann auch eine Stimme in der Politik. Arbeitete die Hambachgruppe zuvor eher wissenschaftlich, erwuchs daraus jetzt auch der politische Widerstand gegen neue Tagebaue. Vor allem die enge Zusammenarbeit mit dem BUND erwies sich in der Folge als fruchtbar. Als - seit 1981 - in Nordrhein-Westfalen anerkannter Naturschutzverein muss der BUND seitdem auch bei Braunkohlenplanverfahren quasi wie die Träger öffentlicher Belange beteiligt werden. Die Hambachgruppe trat deshalb dem BUND bei, ehe sie sich Ende der 1980er Jahre formell auflöste. Der BUND setzt die fachliche Arbeit bis heute fort.

Der Aufschluss des Tagebaus Hambach am 16. Oktober 1978 kann als Startschuss für den institutionalisierten Braunkohle-Widerstand gelten. Bis dahin spielte die Braunkohle in der Ökologiebewegung kaum eine Rolle; als Hauptgegner galt die Atomlobby. Jetzt wurden die gegenseitigen Verflechtungen aufgezeigt und vor allem die Rolle des regionalen Strommonopolisten RWE durchleuchtet. In Großveranstaltungen wie „RWE angeklagt“ und Publikationen wie „RWE – ein Riese mit Ausstrahlung“ wurde die Geschäftspolitik des Konzerns seziert.

Spätestens mit den Planungen zum Aufschluss des neuen Tagebaus „Garzweiler II“ rückte dann der Tagebau Hambach ein wenig aus dem öffentlichen Fokus, die Zeit der größeren Proteste war erst einmal vor-

bei. Die Braunkohle-Gegner*innen rückten aber stärker zusammen. Maßgeblich vom BUND initiiert schlossen sich die lokalen Bürgerinitiativen, Umweltverbände und kirchlichen Gruppen zur Rheinischen Bürgeraktion „Stoppt Braunkohlentagebaue“ zusammen.

Der BUND wehrt sich juristisch

Es folgten auch die ersten Versuche des BUND, den Tagebau Hambach juristisch zu stoppen. Im Juli 1996 legte der BUND beim Verwaltungsgericht Aachen Klage gegen die Zulassung des 2. Rahmenbetriebsplanes zur Fortführung des Tagebaus Hambach von 1996 bis 2020 ein. Dieser Rechtsstreit dauerte zehn Jahre und führte letztendlich zur Abweisung der Klage. Weitere Klagen gegen die tagebaubedingte Verlegung der Autobahn A 4 – diese wurde ausdauernd

unterstützt von der Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der Autobahn A4 – und die Hauptbetriebsplanzulassung 2011–2014 folgten. Auch diese Klagen scheiterten, nicht zuletzt aufgrund formaler Aspekte.

Mit der Fortentwicklung des Umweltrechts wurden den Umweltverbänden dann weiter gehende Klagerechte eingeräumt. Der BUND startete einen neuen Anlauf zum juristischen Stopp des Braunkohlentagebaus Hambach und legte vor dem Verwaltungsgericht Köln Klage gegen die Zulassung des dritten Rahmenbetriebsplans zur Fortführung des Tagebaus von 2020 bis 2030 ein. Auch die Zulassung des Hauptbetriebsplans von 2014–2017 stellte der BUND auf den juristischen Prüfstand. Auch wenn der Rechtsstreit noch nicht abgeschlossen ist, konnte ein erster Teilerfolg erzielt werden: Bis auf weiteres gilt ein Rodungsstopp im Hambacher Wald.

Die Klimabewegung entsteht

Spätestens mit der Vorlage des 4. Berichts des Weltklimarats IPPC 2007 rückten der globale Klimaschutz und die Verantwortung Deutschlands – und hier insbesondere die heimische Braunkohle als „Klimakiller Nr.1“ – verstärkt in den politischen Fokus. Der Bericht war gleichzeitig die Initialzündung zum Entstehen der Klimabewegung.

Um den Widerstand zu stärken initiierte der BUND deshalb 2006 zusammen mit anderen Umweltverbänden und Bürgerinitiativen aus Ost und West das „Aktionsbündnis Zukunft statt Braunkohle“. Auch die Gründung der Klima-Allianz 2007 – einem Zusammenschluss von mehr als 100 Organisationen – trug dazu bei, dem Klimaschutz eine starke Stimme zu geben

Baggerprotest von BUND und Bürgerinitiativen – hier im Jahre 2001. Foto: Dirk Jansen



und vor allem ein Gegengewicht zu Profit- und Machtinteressen vieler Akteure aus Wirtschaft und Politik zu bilden.

Dieser „bürgerliche“ Widerstand organisierte in der Folge erste Massenproteste im Rheinland. Ein Highlight waren die vom BUND gemeinsam mit der Klima-Allianz 2007 vor der Baustelle des Braunkohlenerkraftwerks in Grevenbroich-Neurath organisierte Großdemonstration mit 3.000 Teilnehmenden. 2015 erlebte die Region mit der Anti-Kohle-Kette bei Garzweiler dann die größte im Revier jemals organisierte Veranstaltung: Etwa 6.000 Demonstrierende forderten das Ende der Braunkohle. Zur UN-Weltklimakonferenz im November 2017 in Bonn waren es dann 25.000 Menschen, die für mehr Klimaschutz und ein Ende der Kohleverstromung auf die Straße gingen.

Neue Formen des Widerstands

Im Widerstand gegen die Braunkohle setzte der BUND in seiner Rolle als anerkannter Naturschutzverein immer auf rechtsstaatliche Protestformen, den juristischen Widerstand und hartnäckige politische Lobbyarbeit auf einem naturwissenschaftlichen Fundament. Ziel ist es, die betroffenen Bürger*innen „mitzunehmen“ und damit den Widerstand auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen. Wie die „Rote Linie gegen Kohle“ im August 2017 am Tagebau Hambach gezeigt hat, gelingt es so, viele Tausend Menschen zu mobilisieren. Gleiches gilt für die „Waldführungen“ von Eva Töller und Michael Zobel. Seit nunmehr fast vier Jahren finden diese monatlichen Exkursionen in den Hambacher Wald ein breites Publikum. Mehr als 11.000 Menschen nahmen bis dato daran teil. Auch die *Initiative Buirer für Buir* setzt sich fachkompetent für ihre Heimat ein.

Trotz der sich langsam einstellenden Erfolge werfen Aktivisten diesem „bürgerlichen“ Widerstand vor, nicht radikal genug zu sein. Mit den Tagebaubesetzungen unter dem Motto „Ende Gelände“, den Baumbesetzungen im Hambacher Wald bis hin zu

illegalen Sabotage-Aktionen ist das Spektrum des Braunkohle-Widerstands in den letzten Jahren deutlich breiter geworden. Neue Gruppen von Klimaaktivist*innen wie „ausgeCO2ht“ fordern den sofortigen Braunkohleausstieg und sehen den Protest gegen die Braunkohle vor allem als Teil der Auseinandersetzung gegen den „fossil-nuklearen Kapitalismus“. Dieser Protest richtet sich deshalb vor allem gegen RWE als Repräsentanten der „monopolisierten Machtstrukturen“. Rechtsverletzungen werden angesichts der globalen Klimakrise ausdrücklich toleriert.

Ausblick

Die zum Teil illegalen Aktivitäten werden von Kohlefreunden gerne genutzt, um den

Widerstand gegen die unverantwortbare Braunkohlegewinnung und -nutzung generell zu kriminalisieren. Bislang ohne Erfolg. Diese Versuche können auch nicht darüber hinweg täuschen, dass der Großteil der Bevölkerung einen schnellen Braunkohleausstieg will. Das zeigen aktuelle repräsentative Umfragen.

Trotzdem hält die Politik gegen den erklärten Bürgerwillen und bar jeglicher Klima- und energiepolitischer Vernunft an der Braunkohle fest. Der Widerstand dagegen wird nicht nachlassen; auch für 2018 werden Massenproteste vorbereitet.

Denn hier im Rheinland wird sich erweisen, ob unser Land zukunftsfähig gemacht werden kann.

Rote Linie gegen Braunkohle am 26. August 2017. Foto: DJörg Farys



Mehr Infos

www.bund-nrw.de/hambach

Sie wollen den BUND unterstützen?

BUND-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFS WDE 33 XXX, Konto: DE 10 3702 0500 00082 04600; Stichwort: Braunkohle

Ansprechpartner

Dirk Jansen, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Fon: 0211 30 200 522, E-Mail: dirk.jansen@bund.net